

DER "GERECHTE KRIEG" ALS "HÖCHSTE FORM DER REVOLUTION"

Die Haltung der VR China zur Friedens- und Kriegsproblematik

Oskar Weggel

1. "Gerechter Krieg" nach sino-kommunistischer Auffassung

Die uralte, durch die mittelalterliche Scholastik festgelegte, dann aber im Laufe der Jahrhunderte doch wieder verblaßte Unterscheidung zwischen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen hat ausgerechnet im modernen sino-kommunistischen China eine Renaissance erfahren. Die Kernstelle, von der her aus der Faden der Diskussion weiter gesponnen wurde, findet sich in dem Werk "Über den langwierigen Krieg" von Mao Tse-tung. Wörtlich heißt es dort: "Die im Laufe der Geschichte geführten Kriege teilen sich in zwei Arten: in gerechte und ungerechte Kriege. Alle Kriege, die dem Fortschritt dienen, sind gerecht, und alle Kriege, die den Fortschritt behindern, sind ungerecht. Wir Kommunisten sind gegen alle den Fortschritt behindernden, ungerechten Kriege, jedoch nicht gegen fortschrittliche gerechte Kriege. Was letztere betrifft, sind wir Kommunisten nicht nur nicht gegen sie, sondern nehmen auch aktiv an ihnen teil. Ein ungerechter Krieg war z.B. der Erste Weltkrieg. Er wurde von beiden Seiten für imperialistische Interessen geführt und deshalb von den Kommunisten der ganzen Welt entschlossen bekämpft. Man bekämpft einen solchen Krieg in der Weise, daß man, ehe er noch ausgebrochen ist, alles tut, um seinen Ausbruch zu verhindern; ist er aber bereits ausgebrochen, dann bekämpft man, wo immer dies nur möglich ist, den Krieg mit dem Krieg, setzt dem ungerechten Krieg einen gerechten entgegen." (1)

In dieselbe Richtung zielt auch eine literarische Kritik, die Peking an einem Werk wie etwa Konstantin Simonows Roman "Tage und Nächte" übte. Der chinesische Rezensent wendet sich scharf gegen die negative Darstellung der Schlacht bei Stalingrad. Statt diesem weltpolitischen Ereignis in seiner revolutionären Tragweite positiv gerecht zu werden, könne Simonow dem ganzen Geschehen nur negative Seiten abgewinnen. Fast auf jeder Seite sei von "zerschmetterten, blutigen Köpfen, steifgefrorenen Körpern und zerstörten Häusern" die Rede. In seiner bürgerlichen Grundhaltung gehe der Autor von drei "soldatischen Tugenden" aus: "Erstens, Liebe ist das höchste Glück. Zweitens, Überleben ist das wichtigste. Drittens, Krieg ist gräßlich".

Im Mittelpunkt der Handlung des Romans stehe die Liebe des Helden Saburow zu Anja und damit der Konflikt zwischen Liebe und Überleben einerseits und dem Krieg andererseits. Saburow sei im kriegszerstörten Stalingrad, in einer entscheidenden Schlacht, bei der die Zukunft der Menschheit an einem Faden hing, nur daran interessiert gewesen, um des Lebens und der Liebe willen nicht sterben zu müssen. Schlimmer noch, Simonow stelle den ganzen Kampf, ja den Krieg überhaupt als eine "menschliche Tragö-

die" dar, die alles vernichte. Er will den Krieg für immer verdammen. Dazu der chinesische Kommentator: "In unseren Augen ist es die glücklichste Sache der Welt, für den Kommunismus zu kämpfen und die dringendste Aufgabe, den Imperialismus... zu vernichten, um die ganze Menschheit zu befreien. Die erbärmlichste Sache ist es, den revolutionären Willen zum Kampf aufzugeben, kein Schamgefühl zu haben und ein fügsamer Sklave der reaktionären Herrschenden zu werden. Wenn man von der Revolution und dem Kampf abkommt, dann kann überhaupt keine Rede von Glück sein." (2) Die offizielle chinesische Ideologie unterscheidet also m.a.W. zwischen Aggressionskriegen und Kriegen gegen solche Aggressionen, die als "geheiligte Kriege der nationalen Befreiung und der Selbstverteidigung" bezeichnet werden (3).

Was ein Verteidigungskrieg ist, ist dieser Auffassung zufolge erst zu begreifen, wenn man weiß, worin ein Angriffskrieg besteht. Auch China stellt also hier in ganz entschiedener Weise auf das Merkmal der "Aggression" ab, das ja auch in Art. 1 der UNO-Charta und Angelpunkt der gesamten Friedenssicherungsproblematik geworden ist. Das Ziel der UNO besteht darin, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, um entweder einer Bedrohung des Friedens vorzubeugen oder eine Angriffshandlung zu entschärfen. Ob eine solche "Angriffshandlung" vorliegt, muß vom Sicherheitsrat festgestellt werden, der dann auch Ratschläge gibt oder entscheidet, welche Maßnahmen zu ergreifen sind (Art. 39, UNO-Charta). Was "Aggression" ist, wird als in der Praxis entscheidend vom Sicherheitsrat bestimmt, dem ja, zum ständigen Ärger Pekings, u.a. die beiden Supermächte angehören, die jede Antikriegsmaßnahme durch ihr Veto blockieren können.

Seit Jahren hat sich daher eine Diskussion um die Definition des "Aggressionsbegriffs" angelassen, an der sich seit 1971 auch die VR China beteiligt. Wie schwer es ist, eine gemeinsame theoretische Definitionsplattform zu finden, wurde schon bei den Versuchen der UNO von 1956 deutlich, eine verbindliche Definition auszuarbeiten. Drei grundverschiedene Rechtsauffassungen standen sich damals gegenüber.

Die Juristen, die aus dem römischen Rechtsbereich kommen, suchten den Aggressionsbegriff in einer möglichst kurzen, in sich vollständigen General-Definition zu erfassen.

Die sowjetische Seite andererseits bot eine enumerative Definition an, die sich in der Aufzählung einer Unzahl von Aggressionsmöglichkeiten und in kasuistischen Ausarbeitungen erging.

Die Vertreter aus dem angelsächsischen Rechtskreis schließlich verhielten sich gegenüber der Mög-

lichkeit einer verbindlichen Definition von vornherein skeptisch und wollten - ganz dem Case-Law-Denken verhaftet - die Praxis zum Vater der Definition werden lassen.

Diesen drei verschiedenen Versionen fügte die Volksrepublik China später eine vierte hinzu. Anlässlich der Sitzung des 6. Ausschusses (Recht) der UNO-Vollversammlung, die vom 16. bis 21.11.1973 über den Aggressionsbegriff diskutierte, sprach sich der chinesische Vertreter gegen sämtliche Lösungsversuche aus, wie sie von westlicher und sowjetischer Seite vorgetragen wurden und schlug vor, der heute weltweit zu beobachtenden Tendenz Rechnung zu tragen, daß das Ringen um die Welthegemonie den Hauptinhalt der imperialistischen Außenpolitik bilde und daß Imperialismus und Sozialimperialismus damit die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Aggression seien (4).

Aus dem bloßen äußerlich auf den ersten Blick kriegerischen Verhalten irgendeiner Partei dürfe keineswegs auf eine "Angriffshandlung" geschlossen werden. Zu unterscheiden seien ja immer zwei Arten von Kriegshandlungen, nämlich Aggressionskriege und Kriege gegen eine solche Aggression. Wollte man beide Stoßrichtungen unterscheiden, so dürfe man sich nicht abstrakter juristischer Begriffe bedienen (vermutlich waren hiermit sowohl die römisch-rechtlichen General- als auch die sowjetischen Spezialklauseln angesprochen), sondern müsse die objektiven Tatsachen sprechen lassen, die einen Rückschluß auf aggressive Motive zuließen. Entscheidend sei also letztlich der Wille zur Aggression, der aus den objektiven Tatsachen herauszudestillieren sei. Man müsse sich m.a.W. "auf die objektiven Tatsachen stützen, um zu entscheiden, ob eine gegebene Aktion eine Aggression darstellt oder nicht, ob ihr ein aggressives Motiv zugrunde liegt oder nicht. Man darf keineswegs umgekehrt verfahren, d.h. die Existenz eines Aggressionsaktes erst dann als gegeben annehmen, wenn man ein aggressives Motiv ermittelt hat. Historische Tatsachen beweisen nämlich, daß kein Aggressor eine aggressive Absicht eingestehen wird. Im Gegenteil versucht er immer wieder, seine Verbrechen mit würdevollen Aushängeschildern zu versehen." (5)

Wer aber soll nun eigentlich, so lautet die zweite Frage, feststellen, wann eine Aggression vorliegt?

Für die chinesische Seite ist diese Frage einfach zu beantworten. Die bisherige Rechtslage, derzufolge die Supermächte über das Vorliegen einer Angriffshandlung zu entscheiden hätten - eine Entscheidung, die jederzeit durch Veto blockiert werden kann - sei nicht länger aufrechtzuerhalten. Habe nicht die Sowjetunion den Einmarsch in Prag 1968 beschönigend als "Schutz der Interessen der sozialistischen Gemeinschaft" hingestellt und den Aufmarsch ihrer Truppen an den Nordgrenzen Chinas als Maßnahme gegen chinesische "Expansionsbestrebungen und Kriegslüsternheit" bezeichnet? (6).

Anstelle der Supermächte müßten deshalb in Zukunft sämtliche Mitglieder der UNO, ob groß oder klein, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gestützt auf die objektiven Tatsachen, eigenständige Analysen durchführen, um wahrheitsgemäße Schlußfolgerungen über das Vorliegen einer Angriffshandlung ziehen zu können.

Peking will also, in einer Art basisdemokratischer Grundhaltung, Massenpartizipation auch in der Frage von Krieg und Frieden entscheidend sein lassen und überträgt damit die in der innerchinesischen

Praxis so bewährten Methode der "Massenlinie" auf den außenpolitischen Bereich.

Die Entscheidung über das Vorliegen einer Angriffshandlung soll m.a.W. nicht aufgrund einer allgemeinen oder enumerativen Definition, sondern auf der Grundlage eines gemeinsamen Sich-Zusammenredens - m.a.W. also dezisionistisch entschieden werden. Man muß m.a.W. mit jeder auftretenden Aggressionsfrage fertig werden, ohne nun gleich eine hundertprozentige Definition zur Hand zu haben.

Die chinesischen Kommunisten waren mit Definitionsversuchen immer schon großzügig. Beckmesser-tum ist ihnen fremd, Hauptsache, daß die beiden Supermächte, die als Quellen allen Übels und aller Kriege gelten, jeweils von der überwältigenden Mehrheit kritisiert und an die Wand gedrängt werden.

Hauptkriterium für die Richtigkeit der in der Aggressionsfrage wirkenden justitiellen Massenpartizipation ist es also, ob die beiden Supermächte, vor allem die Sowjetunion, in jedem anstehenden Fall der Fundamentalkritik ausgeliefert werden oder nicht.

"Gerecht" sind, wenn man diese spezifische chinesische Auffassung akzeptiert, letztlich alle Kriege gegen den "Sozialimperialismus" sowie gegen den "US-Imperialismus". Sonstige Unterdrückungskriege, wie sie beispielsweise in den früheren afrikanischen Kolonien Portugals und heute noch in Südafrika herrschen, fallen demgegenüber kaum noch ins Gewicht, wengleich auch sie als Aggressionen abgestempelt werden.

So gesehen sind fast sämtliche Kriege seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, soweit sie von Ländern der Dritten Welt geführt wurden, "gerecht". Schwierigkeiten ergeben sich nur dann, wenn Drittländer untereinander kämpfen, so z.B. Vietnam gegen Kambodscha oder Äthiopien gegen Somalia. Die Volksrepublik hat freilich auch hier schnell eine Antwort zur Hand, indem sie nämlich die Teilnahme einer der beiden Supermächte an einem solchen Krieg als entscheidende Ursache hinstellt. So z.B. im Falle der äthiopisch-somalischen Auseinandersetzungen: Beide Länder seien gemeinsam durch den italienischen Kolonialismus unterdrückt worden und hätten sich Seite an Seite von ihrem früheren Schicksal selbst befreit. Welchen Grund eigentlich sollten beide Länder haben, gegeneinander zu kämpfen? Offensichtlich seien die Streitigkeiten von außen hereingetragen worden, nämlich von der Sowjetunion, die eine Flottenbasis am Horn von Afrika erstrebe.

Davon abgesehen aber sind kriegerische Handlungen der Dritten Welt grundsätzlich "gerecht".

An dieser Stelle taucht nun eine im revolutionären Kontext wichtige Frage auf: Sind die Unterstützungsakte Chinas für revolutionäre Befreiungsbewegungen gerechtfertigt oder müssen sie als "Aggression" eingestuft werden. In der Terminologie der Friedensforschung formuliert lautet das Problem: Erzeugt China bei diesen Unterstützungsaktionen "Konflikte" - mit der Folge, daß es wirklich aggressiv ist - oder deckt es nur schwelende ("latente") Konflikte auf?

Für die Beantwortung dieser Frage kommt es ganz entscheidend auf den Friedensbegriff an, der sich, grob schematisiert, auf zweifache Weise definieren läßt, nämlich entweder als bloße äußere Abwesenheit von Gewalt oder aber als innere Abwesenheit von Klassenkonflikten. Konflikte brauchen ja nicht manifest zu sein, sondern können auch in latenter Form existieren!

Die Volksrepublik China hat in ihrem bisherigen

Verhalten gezeigt, daß für sie nur die zweite Alternative diskutabel ist. Die meisten Unterdrückungsakte erfolgen ja nicht im Wege der direkten, sondern der strukturellen Gewalt. Folglich dient jede Aufklärung der "unterdrückten Volksmassen" der Dritten Welt durch Propagandamaterial und jede Ausbildung von Widerstandskämpfern nicht etwa der Erzeugung, sondern nur der Sichtbarmachung bereits vorhandener, jedoch infolge mangelnden politischen Bewußtseins oder aber infolge geschickter Manipulation latent gebliebener Konflikte. Subversive Maßnahmen, die die Befreiung fördern, sind also aus chinesischer Sicht nicht Friedensstörungen, sondern ganz im Gegenteil erste Schritte auf dem langen Marsch zum Frieden; denn nur durch revolutionäre Selbstbefreiungsakte können die antagonistischen Widersprüche einer Gesellschaft ausgeschaltet werden. Befreiungsaktionen dieser Art sind nichts anderes als eine Form der organisierten Verweigerung gegenüber den verschiedensten Formen struktureller Gewalt, die in Form von patriarchalischen Familienverhältnissen, Verweigerung von Partizipationsrechten, verdammender Informationspolitik, repressiven Gesellschaftsstrategien und den verschiedensten Formen wirtschaftlicher Ausbeutung zutage treten. Befreiungskriege, politische Streiks, Guerillaaktionen und Demonstrationen der Volksmassen gegen ihre "reaktionären" Regierungen sind demzufolge nichts anderes als Notwehrmaßnahmen gegen strukturelle Gewaltakte eben dieser Regierungen. Logischerweise kann dann auch die Unterstützung solcher Emanzipationsbewegungen durch China lediglich als "Notwehrhilfe" qualifiziert werden.

Für Notstände, die durch strukturelle Gewalt bedingt sind, gibt es, genau so wie bei Krankheiten, zwei Möglichkeiten: Man kann die Krankheiten am Herd anpacken oder aber man kann äußerlich an ihnen herumkurieren. Ganz in demselben Sinn kann man Konflikte entweder wirklich lösen oder sie nur über-tünchen. Die Verschleierungsstrategie bedient sich u.a. der Propaganda, der Personalisierung von Übeln durch Benennung von Sündenböcken oder aber einer bestimmten "reaktionären" Ideologie, z.B. der Forderung nach perfekten Konsumenten. Nach chinesischer Auffassung vermögen Ventile dieser Art dem Druck der Widersprüche auf die Dauer kaum standzuhalten. Will man statt einer bloßen "Befriedung" den wirklichen "Frieden" herbeiführen, so muß nach sino-kommunistischem Verständnis an die Stelle der traditionellen Konfliktverschleierungsmaßnahmen eine kompromißlose Revolutionsstrategie treten. Ein "revolutionärer Krieg" ist nach Mao "ein Gegengift, das nicht nur das Gift des Feindes vernichtet, sondern auch unseren eigenen Schmutz hinwegsäubert. Jeder gerechte revolutionäre Krieg besitzt eine gewaltige Macht und kann viele Dinge umgestalten oder den Weg für ihre Umgestaltung bahnen." (7) Zentrale Aufgabe und höchste Form der Revolution ist daher die bewaffnete Machtergreifung, ist die Lösung des Problems durch den Krieg.

Paradoxerweise ist ein wirklicher Friede häufig nur durch einen revolutionären Krieg zu erreichen, der die alte Gesellschaftsordnung und ihre Träger gründlich beseitigt. Mao Tse-tung drückte diesen Gedanken in einer für ihn typischen dialektischen Wendung folgendermaßen aus: "Wenn man will, daß es keine Gewehre mehr geben soll, so muß man das Gewehr in die Hand nehmen."

Die Antwort auf die Frage, ob die VR China aggressiv sei, fällt demnach - aus chinesischer Per-

spektive gesehen - ziemlich eindeutig aus. Sie ist aggressiv, soweit ihre Subversionshilfe Konflikte erzeugt (und nicht etwa bereits vorhandene, aber latente manifest macht); sie handelt andererseits nicht aggressiv, soweit ihr zugebilligt wird, daß sie, als eine Art Anwalt der Verzweifelten, Nothilfe gegenüber struktureller Gewalt leistet und dabei Konfliktverschleierungsmaßnahmen durch Revolutions- und Aufklärungsstrategien zu unterlaufen sucht. Letztlich hängt diese Zubilligung vom politischen Standpunkt ab, den man vertritt.

Jedes Land muß "den Krieg mit dem Krieg bekämpfen, dem konterrevolutionären Krieg den revolutionären Krieg, dem nationalen konterrevolutionären Krieg den nationalen revolutionären Krieg, dem konterrevolutionären Klassenkrieg den revolutionären Klassenkrieg entgegensetzen" (8). China ist aufgrund des "proletarischen Internationalismus" nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, einem solchen "gerechten Krieg" seine Unterstützung zu leihen.

2. Die Atombombe und der "gerechte Krieg"

Verliert nun, so muß man fragen, der an und für sich "gerechte Krieg" nicht dadurch seinen Sinn - und letztlich seine Berechtigung - daß er den Einsatz der Atombombe - und damit vielleicht sogar den Untergang der Menschheit heraufbeschwört?

Noch genauer formuliert stehen hier die drei Fragen im Vordergrund, nämlich ob die Atombombe den Charakter des Krieges qualitativ verändert hat, ob Kriege in der heutigen Weltsituation vermeidbar sind und ob die Vermeidung von Kriegen überhaupt wünschenswert ist.

Nach chinesischer Auffassung ist die Atombombe als solche nichts anderes als ein Papiertiger, die an der Strategie des Volkskrieges nichts ändere (9). Die ABC-Waffen schaffen nur quantitative Dimensionen. Der Krieg bleibt qualitativ derselbe, weil er sich zwischen Gruppen vollzieht, die verschiedenen Klassen angehören. Maßgebend für die Kriegsführung ist die "geistige Atombombe" politisch bewußter Kämpfer, nicht die physische Atombombe.

Der sowjetische "Atomfetischismus" lähme die Initiative der Massen. Mao erklärte zum Atomkrieg (10), daß China zwar hoffe, daß die Revolution einem neuen Weltkrieg zuvorkomme ("Der Ostwind siegt über den Westwind"). Gleichwohl müsse man aber über das Unvorstellbare nachdenken. Ein thermonuklearer Krieg hätte vermutlich zwei Folgen, den Untergang vielleicht der halben Menschheit (11), gleichzeitig aber auch die endgültige Liquidierung des Imperialismus. Der Erste Weltkrieg hat nach Auffassung Pekings dem Sozialismus in den Sattel geholfen, der Zweite Weltkrieg hat seinen Radius gewaltig erweitert und ein Dritter Weltkrieg würde das Werk vollenden (12).

Die chinesische Antwort ist also klar: Auch neue Waffen ändern nichts an der Frage der "Gerechtigkeit" von Widerstandskriegen. Ideologisch geht man in Peking sogar so weit, daß man die Vermeidung von Kriegen nicht einmal für wünschenswert erklärt. Ein dritter Weltkrieg sei zwar nach Möglichkeit zu verhindern; da Selbstbefreiungsbewegungen heutzutage aber nur in Form von nationalen Befreiungskriegen sich durchsetzen könnten, seien solche lokalen Befreiungsbewegungen auch im militärischen Sinne unterstützungsbedürftig. Es gibt nur ein Mittel zur Abschaffung des Krieges: Man muß dem Krieg mit dem Krieg bekämpfen (13). Friedliche Koexistenz darf nie zur Generallinie der Außenpolitik werden,

sondern bildet, neben dem "proletarischen Internationalismus" und der "Unterstützung" zugunsten revolutionärer Befreiungsbewegungen, nur eine von drei außenpolitischen Haupttrichtlinien.

All diese Aussagen sind, dies sollte hier ausdrücklich betont werden, Ideologie. In der Praxis verhält sich China so vorsichtig, daß der Graben zur Theorie hin fast unüberwindlich scheint. China hat zwar einige Befreiungsbewegungen durch Waffenlieferungen, Guerillausbildung und infrastrukturelle Flankierungsmaßnahmen, wie Bereitstellung von Partisanensendern, unterstützt, doch hat es andererseits nie unmittelbar militärisch zugunsten einer revolutionären Bewegung eingegriffen, obwohl es seit seiner Gründung im Jahre 1949 militärisch mehrere Male über seine Grenzen hinausgewirkt hat. Das Engagement während des Koreakriegs beispielsweise war keineswegs durch die Überlegung ausgelöst, der nordkoreanischen Revolution zu helfen, sondern war ausschließlich von der Befürchtung getragen, die UNO/USA-Militäraktionen könnten im weiteren Verlauf auf die damals noch junge Volksrepublik übergreifen. Peking hat damals also ausschließlich in Verfolgung eigener nationaler Sicherheitsinteressen gehandelt. Auch die Auseinandersetzungen mit Indien und der Sowjetunion gingen um Territorialansprüche, also ebenfalls typisch nationale Fragen.

Überhaupt sind Worte und Taten streng voneinander zu trennen. Dies gilt nicht nur für das moderne sozialistische China, sondern schon für das China der Kaiser. Schon damals wick man systematisch jeder militärischen Auseinandersetzung aus.

Theoretisch gingen die klassischen Schriften, die jeder Politiker internalisiert hatte, davon aus, daß das "Reich der Mitte" eine so unwiderstehliche Attraktivität auf die barbarischen "Außenländer" ausübe, daß diese freiwillig Tribut brächten und damit zu friedlichen Verehrern Chinas würden. China wollte also die "Barbaren" durch sein eigenes Vorbild zu zivilisiertem Verhalten erziehen und nicht etwa Gewalt und Einmischungspolitik betreiben. Mehr noch: China wollte die Welt nicht erobern, sondern im Zentrum der Welt stehen. Überspitzt könnte man sogar behaupten, daß China die Barbaren brauchte, um sich seiner Erhabenheit noch bewußter zu werden. Kann doch nach der alten komplementären Betrachtungsweise Zivilisation nur dort existieren, wo auch Barbarei besteht, ebenso wie es kein Licht ohne Dunkelheit gibt. Durch Eroberungen hätte sich China des Publikums und damit eines Anreizes zur permanenten Selbstvervollkommnung beraubt.

Dieser Glaube an Chinas zivilisatorische Macht war freilich nicht unbegrenzt. Man war davon überzeugt, daß einige Völker, wie die Koreaner, die Japaner und die Satelliten im Süden (Annam, Tonkin) durch den Automatismus des guten Vorbildes erzogen werden konnten. Gegenüber den Steppenvölkern andererseits bestanden erhebliche Zweifel und Vorbehalte. Schon in der Han-Zeit wandte man diesen Unbelehrbaren gegenüber daher wirksamere Mittel an:

- Eine alte Regel war beispielsweise der Grundsatz, sich "mit dem Fernen zu verbünden, um das Nahe zu bekämpfen" (yüan chiao chin kung). Diese Regel ist auch heute keineswegs vergessen, wie z.B. die EG-Politik Chinas beweist.

- Eine weitere, noch allgemeiner formulierte, Gebrauchsanweisung für die alte Außenpolitik bestand darin, ähnlich dem römischen *divide et impera*, "einen Barbaren durch einen anderen zu kontrollieren" (i i chih i). Die Kontrolle Indiens durch wohlwollende

Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Pakistan, Nepal, Ceylon wäre ein moderner Anwendungsfall dieser alten außenpolitischen Gebrauchsanweisung.

- Berühmt war auch die Besänftigung wilder "Barbaren" durch Heiratspolitik, wobei chinesische Prinzessinnen als Preis für ein Nichtangriffs-Versprechen hingegeben wurden. Diese Methode hatte den zusätzlichen Vorteil, daß der Unruhestifter in ein persönliches Verhältnis zum chinesischen Kaiser trat und damit wiederum in ein von der konfuzianischen Sitte vorgeschriebenes Verhaltensnetzwerk eingebunden wurde. Mit der Abschaffung der Monarchie sind allerdings die Voraussetzungen für eine solche Heiratspolitik verschwunden.

Das alte China hat freilich, wenn es nicht anders möglich war, auch den militärischen Fehdehandschuh aufgegriffen. Im allgemeinen aber trieb es Zivilisierungs- statt Militärpolitik.

Dieselbe Tendenz wird im modernen China, wenn auch unter anderem Vorzeichen, fortgesetzt. Die Gewehrläufe in die Hand zu nehmen, heißt ja noch lange nicht, daß man auch schon schießen muß. Hauptsache, daß man vorbereitet ist. Wie Lin Piao schon auf dem IX. Parteitag 1969 in seiner Rede feststellte, gibt es nur zwei Möglichkeiten: die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert. Dem Vorwurf der "Kriegslüsterheit" Chinas begegnet Lin Piao mit folgender Erwiderung: "Meine Herren, Eure Beschimpfungen vermehren nur unser Ansehen. Es ist gerade diese unsere Kriegslüsterheit, die dazu beiträgt, den Imperialismus daran zu hindern, einen Weltkrieg zu entfesseln." Zwei große Parolen waren es vor allem, die seit Anfang der siebziger Jahre das politische Leben der Volksrepublik China beherrschten:

- "Vorbereitung auf Naturkatastrophen, Vorbereitung auf einen Verteidigungskrieg, alles für das Volk!" und

- "Getreidevorräte anlegen, Wehrgräben ausheben, den Hegemonismus bekämpfen!"

Obwohl also das revolutionäre Vokabular der Chinesen eine äußerst aktive Militärpolitik Chinas vorzugeben scheint, ist die praktische Politik ganz auf Defensive eingestellt.

3. Formen des "gerechten Kriegs"

Da die Formen der Unterdrückung so weit gefächert sind, müssen auch die Modalitäten der Selbstverteidigung vielfältig sein und jedem Angriff auf jeder beliebigen Ebene begegnen können. "Krieg" muß nicht unbedingt militärische Formen annehmen. Dialektisch gesehen ist der Krieg ja nur Politik mit Blutvergießen, während die Politik Krieg ohne Blutvergießen ist. Militärische und nichtmilitärische Maßnahmen gehen also dialektisch ineinander über, so daß der "Krieg" durchaus auch wirtschaftlicher und kultureller Art sein kann.

Auf wirtschaftliche Unterjochungsversuche lautet die revolutionäre Antwort: "Neue Weltwirtschaftsordnung".

Angriffe auf kulturellem Gebiet sind durch entsprechende Gegenpropaganda abzuwehren. Überhaupt ist chinesische Außenpolitik weitgehend ein Versuch, den "Volksmassen" in den verschiedenen Ländern revolutionäre Gedankengänge vertraut zu machen, d.h. die Menschen dort über ihre Situation aufzuklären und in ihnen revolutionäres "Bewußtsein" (ein Lieblingswort!) zu wecken. Außenpolitik ist auf weite Strecken hin ein Versuch der weltweiten "Massenlini-

sierung".

Was schließlich militärische und atomare Angriffe anbelangt, so sind auch hier entsprechende Gegenpositionen aufzubauen. China beispielsweise unterhält nicht nur eine Armee von 3 1/2 Mio. Mann, sondern darüber hinaus ein glaubhaftes Potential von atombestückten Raketen, die, wie die offizielle Erklärung bei jedem neuen Nuklearversuch lautet, zur "Selbstverteidigung" bereitgestellt werden, und deren wachsendes Potential gleichzeitig die Bereitschaft der Atom-Supermächte fördern soll, sich auf eine totale Abrüstung aller Nuklearwaffen einzulassen.

Sämtliche bereitgestellten Kampfformen sollen aber nahtlos ineinander übergehen und keineswegs vor der Eskalation ins Militärische Halt machen. Im Gegensatz zur Sowjetunion, die zwar den wirtschaftlichen und ideologischen Kampf bis aufs Messer befürwortet, aber den Krieg unter allen Umständen ausgeklammert sehen möchte, da die "Atombombe nicht danach fragt, ob sie einen Imperialisten oder das Volk trifft", ist China zur Antwort auf jeder Stufe bereit. Es bemüht sich um ein wahrhaft flexibles Abwehrpotential.

4. Zusammenfassung und Bewertung

Nach offizieller chinesischer Sprachregelung ist jeder Krieg "gerecht", der sich gegen Akte der "Aggression" in ihren verschiedensten Ausprägungen, seien sie nun politischer, wirtschaftlicher, kultureller oder militärischer Natur, richtet. Was "Aggression" ist, wird weder durch eine abstrakt abgefaßte noch durch eine konkrete, d.h. enumerativ ausgestaltete Definition festgelegt, sondern muß - ganz im Sinne der "Massenlinie" - in jedem Einzelfall durch die überwältigende Mehrheit der Völker (UNO-Mitglieder) entschieden werden, und zwar in Richtung auf eine jeweils "maximale Isolierung" der beiden Supermächte, vor allem der Sowjetunion, von denen, der chinesischen Auffassung zufolge, letztlich die Kriege jeglicher Couleur ausgehen. Selbst Konflikte, denen prima facie rein regionaler Charakter anzuhaften scheint, - man denke etwa an die Auseinandersetzungen zwischen Somalia und Äthiopien oder zwischen Kambodscha und Vietnam - gelten aus chinesischer Sicht letztlich als durch die Supermächte verursacht.

Maßnahmen der Verteidigung sollen in der Weise abgestuft sein, daß auf jede beliebige Aggressionsform jeweils eine gebührende Antwort erteilt werden kann. Höchste Form der Revolution freilich ist der bewaffnete Kampf. Chinas Unterstützung von "Befreiungsbewegungen" gilt folglich als eine Art Nothilfe.

Auch Atomwaffen ändern nichts an dieser grundsätzlichen Einschätzung der "Gerechtigkeit" eines Verteidigungskriegs, zumal Peking von der optimistischen Erwartung ausgeht, daß am Ende eines Atomkriegs keineswegs die Selbstvernichtung der Menschheit stünde, sondern ein für den Aufbau des Sozialismus aussichtsreicher Neubeginn.

So weit die Theorie. In der Praxis verhält sich China eher nach der - offiziell so unversöhnlich bekämpften - sowjetischen Auffassung, daß die in jedem Fall zu wahrende "friedliche Koexistenz" zwar Kampf auf wirtschaftlichem und ideologischem Gebiete bedeutet, daß die Schwelle zum Krieg jedoch nicht überschritten werden darf.

Der in der chinesischen Propaganda pausenlos wiederholte Hinweis, daß die große militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten unvermeidbar sei, und daß sich der entscheidende

Zusammenstoß in Europa ereignen werde, ist weniger als wissenschaftliche Prognose denn vielmehr als Dauerschutzimpfung gegen die präsumptive Wiederkehr des "kapitulationistischen" Geistes von München und nicht zuletzt auch als permanente Aufforderung an alle "vereinigungsfähigen Kräfte" gedacht, sich maximal zu vereinen, um auf diese Weise den jeweiligen Hauptfeind maximal zu isolieren. Die beiden Supermächte, vor allem die Sowjetunion, sollen durch diese Methode ständig in die Defensive - und damit vielleicht auch zur Selbstkritik in Form von Abrüstungsmaßnahmen - getrieben werden. China hofft, daß die Massenpartizipation der Völker dieser Erde am permanenten Prozeß der Abstimmung gegen den Krieg langfristig jeglichem Hegemoniestreben und jeglicher Aggression die Spitze abbrechen werde. Entweder kommt der Krieg der Revolution zuvor oder aber die Revolution verhindert den Krieg. Revolutionen im außenpolitischen Bereich aber beginnen mit der gleichberechtigten Partizipation aller Völker an der Entscheidung über die internationalen Schicksalsfragen, nicht zuletzt über Krieg und Frieden.

Auch im Zeitalter Hua Kuo-fengs hat sich an dieser Grundhaltung nichts geändert.

Anmerkungen:

- 1) Mao Tse-tung, "Über den langwierigen Krieg" (Ausgewählte Werke, Band II, Peking 1968, S.174.
- 2) Abgedruckt bei Oskar Weggel, "Die Alternative China", Hamburg 1973, S.364 ff.
- 3) Peking Rundschau 1973, Nr.49, S.9.
- 4) Ebenda, S.9.
- 5) Ebenda, S.10.
- 6) Ebenda.
- 7) Mao Tse-tung, "Über den landwierigen Krieg", ebenda.
- 8) Mao Tse-tung, "Strategische Probleme des revolutionären Kriegs in China", Ausgewählte Werke, Band I, Peking 1968, S.213 f.
- 9) Die Papiertigertheorie wurde von Mao im Zusammenhang mit den Atombomben zum erstenmal im Gespräch mit der amerikanischen Korrespondentin Anna-Louise Strong vom August 1946 entwickelt. Vgl. Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Band IV, S.97 102.
- 10) Erklärung Maos vom 18.11.1957 vor der Weltkommunistenkonferenz in Moskau, JMJP 1.9.1963.
- 11) Vgl. hierzu auch das Interview des ehemaligen Außenministers Ch'in Yi mit Jules Roy in L'Express, vom 26.10. und 1.11.1964.
- 12) Dieser Gedanke klingt bereits an Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Band IV, S.59. (Über die Verhandlungen in Chungking und in Lin Piao, Lange lebe der Sieg im Volkskrieg, Peking 1965, S.76).
- 13) Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Band I, S.213 f.